



Rahmenprogramm

Die Werte und übergeordneten politischen Ziele
des Südschleswigschen Wählerverbandes



*Für uns
im Norden.*

Dieses Rahmenprogramm stellt die grundlegenden politischen Ziele des SSW dar. Die Grundwerte des SSW werden vor allem von unserem besonderen Standpunkt als Minderheitenpartei, von der regionalen Verankerung im Norden Schleswig-Holsteins und von unserer besonderen Verbindung zu den nordischen Ländern geprägt.



Ein Parteiprogramm ist immer übergeordnet und abstrakt. Deshalb ist es nur so gut, wie es in der Praxis gelebt wird. Unser Rahmenprogramm wird ständig konkretisiert - in den regelmäßig wiederkehrenden Wahlprogrammen und Standpunkt-papieren der Partei und vor allem durch die tägliche Arbeit der SSW-Politiker. Sie setzen sich in Gemeinden und Kreisen ebenso wie im Landtag oder im Dialog mit der Bundes- und EU-Ebene dafür ein, dass die Werte des SSW im Alltag sichtbar und erlebbar werden.

Ein Rahmenprogramm ist keine "Bibel", die ewige Gültigkeit und Wahrheit beansprucht. Man könnte eher sagen, dies ist unser "Grundgesetz". Ebenso wie eine Verfassung wird ein Rahmenprogramm nicht ständig geändert. Der SSW beschließt nur einmal in jedem Jahrzehnt ein neues Grundsatzprogramm. Deshalb kommt es aber immer wieder vor, dass sich darin Themen finden, die sich mittlerweile gewandelt haben und dass wichtige aktuelle Themen fehlen. Wenn die Wirklichkeit sich verändert, dann ändert auch der SSW seine Einstellung dazu. Das können Sie dann im nächsten Rahmenprogramm sehen. Was wir aber nicht ändern, sind die grundlegenden Werte, für die wir stehen.

*Flemming Meyer
SSW-Landesvorsitzender*

**SSW-Landesverband
Schiffbrücke 42
24939 Flensburg**

**Tel. 0461-144 08 310
info@ssw.de**

**Das Rahmenprogramm des SSW wurde
beschlossen auf dem außerordentlichen
Parteitag am 13. Februar 1999 in Flensburg**

www.ssw.de

SSW - seit 1948 Anwalt des Landesteils

Der Südschleswigsche Wählerverband ist seit 1948 die politische Vertretung der dänischen Minderheit und der nationalen Friesen in Südschleswig.

Der SSW arbeitet an der Meinungsbildung und Entwicklung im Staate konstruktiv mit. Sein Augenmerk richtet er dabei auf den Landesteil Schleswig, dem der SSW besonders verpflichtet ist. Deshalb ist der SSW auch Partei der Region und sieht seinen politischen Auftrag in der Verantwortung insbesondere für alle in Südschleswig lebenden Menschen.

Der SSW tritt für eine demokratische Lebens- und Gesellschafts-



form ein, die von sozialer Geborgenheit, gegenseitiger Achtung und dem Respekt gegenüber den Mitmenschen nach nordischem Vorbild geprägt ist. Sie bildet die dauerhafte Garantie für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

Der SSW will an der Verständigung zwischen den Völkern und an der Zusammenarbeit in Europa mitwirken.

SSW-Politik ist frei und unabhängig.

Rahmenprogramm des Südschleswigschen Wählerverbandes

Vorwort: Der SSW- seit 1948 Anwalt des Landesteils	Seite 3
1. Demokratie und Rechtsstaat	Seite 4
2. Demokratie und humane Gesellschaft	Seite 5
3. Gleichstellung von Frau und Mann	Seite 5
4. Humane Asyl- und Ausländerpolitik	Seite 6
5. Wirtschaft und Strukturentwicklung	Seite 6
6. Arbeit	Seite 10
7. Natur, Umwelt und Energie	Seite 12
8. Soziales	Seite 15
9. Kommunale Selbstverwaltung	Seite 18
10. Bildung	Seite 20
11. Kultur und Kulturpolitik	Seite 21
Schlusswort	Seite 23

1. Demokratie und Rechtsstaat



Der Staat hat das Leben, die Würde und die Gewissensfreiheit des einzelnen Menschen zu schützen. Jeder Bürger hat das Recht, in politischen, religiösen, kulturellen, nationalen und persönlichen Bereichen frei zu entscheiden. Niemanden darf der Zugang zu öffentlichen Ämtern wegen seiner Überzeugung versagt werden. Der innere Frieden eines Staates hängt davon ab, ob das Mitwirkungsrecht politischer Minderheiten gewährleistet ist.

Das staatliche Handeln wird von den Wahlberechtigten entschieden. Die von ihnen gewählten Parlamentarierinnen und Parlamentarier verabschieden Gesetze. Gesetze gelten für alle Menschen, die im Staatsgebiet leben, nicht nur für Staatsbürger. Der SSW fordert daher, dass auch unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger am staatlichen Handeln beteiligt werden, unter anderem durch die Einführung eines kommunalen Wahlrechts.

Unser Landesteil ist von kultureller Vielfalt geprägt. Ein friedliches und fruchtbares Zusammenleben von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung setzt voraus, dass jeder in seiner Heimat mit der eigenen Sprache und Kultur leben kann. Der SSW fordert die Aufnahme einer Schutz- und Förderungsklausel für

ationale und ethnische Minderheiten im Grundgesetz der Bundesrepublik. So könnte Deutschland ein Zeichen für den inneren Frieden in Europa setzen.

Nur durch die Achtung der Menschenrechte, nur durch Verständnis füreinander und Vertrauen zueinander, nur durch Freundschaft und Zusammenarbeit wird Europa sich zum Dach einer solidarischen Gemeinschaft entwickeln können. Die Beachtung der besonderen Belange nationaler und ethnischer Minderheiten ist dafür unverzichtbar.

Die Gemeinschaft hat das Recht und die Pflicht, die in freier Entscheidung geformte gesellschaftliche Ordnung gegen Angriffe von außen und innen zu verteidigen. Dies gilt auch für den einzelnen in der Gemeinschaft. Oberstes Gebot ist dabei die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit.

Der Dienst für die Gemeinschaft ohne Waffen ist dem Dienst mit der Waffe gleichwertig. Der Staat hat eine aktive Friedenspolitik nach außen und innen zu führen. Sie hat Vorrang vor der bloßen Sicherung der vorhandenen staatlichen Ordnung. Sie muss der Abrüstung und insbesondere dem Verzicht auf nukleare, bakterielle und chemische Waffensysteme dienen.

Es gilt, das Rechtsstaatsprinzip zu sichern und fortzuentwickeln. Dies gilt insbesondere für den Schutz der persönlichen Daten und für das

Recht des einzelnen, selbst über den Umgang mit diesen Daten zu bestimmen.

2. Demokratie und humane Gesellschaft

Unsere Gesellschaft bewegt sich weg von einer Industriegesellschaft hin zu einer Dienstleistungs- und hochtechnologischen Informations- und Kommunikationsgesellschaft. Diese Entwicklung wird zu großen Veränderungen im gesellschaftlichen Miteinander führen.

Die politische Zielsetzung des SSW für eine demokratische und humane Gesellschaft enthält folgende grundlegende Forderungen:

- Ein individuelles Recht auf Selbstbestimmung.
- Gegenseitiger Respekt und gegenseitiges Verständnis für kultu-

relle und sprachliche Unterschiede.

- Bekämpfung der Ursachen von Vorurteilen, Fremdenhass und Gewaltbereitschaft.
- Sicherung der grundlegenden Rechte von Minderheiten in der Gesellschaft.
- Soziale Gerechtigkeit mit einer besonderen Fürsorgepflicht gegenüber Schwächeren und in Not geratenen Menschen.
- Schutz der Umwelt und natürlichen Ressourcen.
- Anerkennung des Ehrenamtes als ein wertvolles und unverzichtbares Element des gesellschaftlichen miteinanders.

3. Gleichstellung von Frau und Mann

Der SSW setzt sich für die uneingeschränkte Verwirklichung der im Grundgesetz verankerten gleichen Rechte von Mann und Frau ein. Zu einer demokratischen Gesellschaft gehört, dass Frauen mehr als bisher an Politik, am öffentli-

chen Leben sowie am Berufsleben teilnehmen, das heißt, Verantwortung und Einfluss übernehmen. Dafür gilt es, die Voraussetzungen zu schaffen. Der SSW fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Partnerschaftliche Arbeitsteilung hat positive Auswirkungen auf Kinder, soziale Beziehungen, Freizeit, Kultur und Politik. Sie ist Voraussetzung für gleiche Chancen im Berufsleben. Deshalb müssen bessere Bedingungen für partner-

schaftliche Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft geschaffen werden. Dazu gehört eine Reform der Arbeitswelt ebenso wie ein ausreichendes Angebot an Kindertagesstätten.

4. Für eine humane Asyl- und Ausländerpolitik

Auch steigende Flüchtlingszahlen dürfen nicht zu einem Mangel an Menschlichkeit, demokratischer Kultur und Toleranz gegenüber Ausländerinnen und Ausländern führen. Dabei müssen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sachlich und verantwortlich getrennt werden.

Eine verantwortliche Ausländerpolitik muss darauf ausgerichtet sein, eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts durchzuführen und

die Integration der in den letzten Jahrzehnten zugewanderten ausländischen Staatsangehörigen zu fördern.

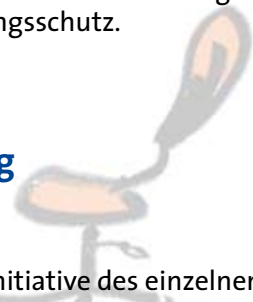
Der SSW steht für eine aktive, langfristig angelegte Einwanderungspolitik und für eine humane Asylpolitik. Ausdrücklich fordert der SSW die Aufarbeitung humanitärer Defizite in der Flüchtlingspolitik, zum Beispiel im Abschiebungs- und Ausweisungsschutz.

5. Wirtschaft und Strukturentwicklung

Wirtschaftsförderung im Interesse der Menschen

Eine stabile und leistungsfähige Wirtschaft trägt zum Wohl der Menschen, zur sozialen Sicherheit und zum sozialen Frieden in der Gesellschaft bei.

Die freie Initiative des einzelnen, sein Mut, an neue Aufgaben heranzugehen und seine Fähigkeit, immer wieder Neues zu entwickeln sind unverzichtbare Werte in unserer Gesellschaft, die gefördert werden müssen.



Dabei muss es Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, ein gesundes Gleichgewicht aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten zu ermöglichen und für faire Rahmenbedingungen des freien Wettbewerbs zu sorgen. Bei Störungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts hat der Staat aus seiner gesellschaftspolitischen Verantwortung heraus das Recht und die Pflicht zur Kontrolle und zur sachgerechten Lenkung des Wirtschaftsgeschehens.

Der Übergang zur Informationsgesellschaft und der verstärkte internationale Handel und Wettbewerb stellen neue Anforderungen an Unternehmen und Beschäftigte. Es gilt daher, die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und durch Weiterentwicklung der Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu sichern.

Dabei sind aktives staatliches Handeln sowie die gezielte Unterstützung und Förderung des Wirtschaftslebens weiterhin die Voraussetzung für eine funktionierende und wettbewerbsfähige Wirtschaft.

Der SSW fordert daher:

- Direkte Förderung und Unterstützung neuer Projekte und Strukturmaßnahmen.
- Gezielte Unterstützung der heimischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb.
- Nutzung von leistungsfähigen

Kommunikationswegen, um die Wirtschafts- und Strukturentwicklung vor Ort zu verbessern.

- Ausbau und Weiterentwicklung einer zukunftsweisenden Infrastruktur von Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen zur Qualifizierung von Arbeitskräften und Förderung der Zusammenarbeit von Universitäten und Hochschulen mit der Wirtschaft.
- Eine besondere und gezielte Förderung des Technologietransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen.
- Bessere Rahmenbedingungen für Existenzgründerinnen und Existenzgründer insbesondere im Bereich der Finanzierung und Kreditvergabe.

Die Entwicklung im Landesteil Schleswig

Für den SSW ist die wirtschaftliche und strukturelle Entwicklung des Landesteils Schleswig und der gesamten Grenzregion von besonderer Bedeutung.

Obwohl es in den letzten Jahren gelungen ist, den wirtschaftlichen Abstand zwischen dem nördlichen Landesteil und den wirtschaftlich starken Gebieten in Holstein zu verringern, ist das grundgesetzlich verankerte Ziel von gleichwertigen Lebensbedingungen noch nicht erreicht.

Der SSW fordert daher:

- Gezielte, leistungsfähige Strukturprogramme zur Förderung der wirtschaftlichen und strukturellen Entwicklung.
- Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, um ein eigenes Wirtschaftsprofil der Grenzregion zu entwickeln und nachbarschaftliches Innovationspotential zu nutzen.
- Eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Landesteil Schleswig. Dazu gehören leistungsfähige, durchgehende und überregionale Verkehrswege im Schienen-, Straßen-, Wasser- und Luftbereich unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Natur- und Umweltentwicklung.

Mittelstand

Die mittelständische Wirtschaft einschließlich des Handwerks und der Kleinbetriebe ist ein bedeutsamer Faktor für die Entwicklung des Landesteils Schleswig.

Die Bedeutung der mittelständischen Wirtschaft wird dadurch unterstrichen, dass Wachstum sowie Ausbildungs- und Arbeitsplätze in der Vergangenheit zu einem großen Teil von kleineren und mittleren Unternehmen in unserem Land geschaffen wurden.

Der SSW will deshalb den Mittelstand besonders fördern und tritt für zusätzliche Innovationshilfen sowie für den Ausbau des Beratungswesens für Klein- und Mittelbetriebe ein.

Technologie-Entwicklung

Um neue Märkte zu erschließen oder sich auf alten zu behaupten, müssen die Unternehmen ständig neue und immer hochwertigere Produkte herstellen. Deshalb kommt der Vermittlung von neuem Wissen in allen Bereichen eine große Bedeutung zu. Dies gilt insbesondere auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

Um den Unternehmen die Produkt- und Technologie-Entwicklung zu erleichtern, fordert der SSW den verstärkten Austausch zwischen Forschungs- und Technologie-Entwicklung auf der einen und der mittelständischen Wirtschaft auf der anderen Seite. Insbesondere sind Modelle der direkten Kooperation zwischen Wissenschaft und der Wirtschaft zu fördern.

Werften

Es ist weiterhin eine nationale Aufgabe, den Schiffbau als eine für das Land wichtige Industrie zu fördern und somit die Existenz der Werften zu sichern. Der hochqualifizierte und spezialisierte Schiffbau in unserem Landesteil ist ein nicht zu entbehrender Wirtschaftszweig. Alle Förderungsmöglichkeiten sind auszuschöpfen, auch mit dem Ziel, Änderungen in der Produktion zu fördern und zukunftsbezogene Leistungsprogramme zu entwickeln.

Solange wichtige Schiffbauländer ihre Werftindustrie finanziell unterstützen, fordert der SSW eine Fortsetzung der Werftenhilfe in unserer Region.

Fremdenverkehr

Der Fremdenverkehr gewinnt als natürlicher Wirtschaftsfaktor zunehmend an Bedeutung. Eine erhöhte Förderung unterschiedlicher Fremdenverkehrsvorhaben, die dem Trend zu mehr Freizeit entgegenkommen, ist geboten. Qualitäts- und Strukturverbesserungen sollen ein ganzjähriges Erholungsangebot herbeiführen und den wechselnden zeitlichen Nachfragen entsprechen. Der Zugang zur Natur muss entgeltfrei sein. Fremdenverkehrsvorhaben sind mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in Einklang zu bringen.

Der SSW setzt sich daher für einen sanften Tourismus ein, der die Umwelt schont und Arbeitsplätze in der Region zum Beispiel auch im Nebenerwerb für Landwirte bietet.

Das bedeutet:

- Bei allen Planungen und Maßnahmen sind die Grenzen der Belastbarkeit der Umwelt aufzuzeigen und einzuhalten.
- Großvorhaben dürfen in Zukunft nur nach eingehender Prüfung und einer Bürgerbeteiligung errichtet werden.
- Freizeiteinrichtungen dürfen nicht

zu einer Zersiedlung der Landschaft oder zu einer Zerstörung des Landschaftsbildes führen.

Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei

Die Situation in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ist gekennzeichnet durch eine wachsende Zukunftsangst verursacht durch eine zunehmende Abhängigkeit von zentralistischen Planungen des Bundes und der EU. Durch steigende Kosten in allen Bereichen und fallende Marktpreise verschlechtern sich die Existenzbedingungen für die Produzenten. Aufgrund dieser Entwicklung wird die Lage in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischerei immer problematischer und führt zu weiteren Abwanderungen aus diesen Erwerbsbereichen.

Der SSW setzt sich für eine realistische und zukunftsweisende Politik ein, die den Betroffenen in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Fischerei eine reelle Existenzchance einräumt. Auch für die Zukunft gilt es, diese traditionellen Erwerbszweige als wesentliche Wirtschaftszweige und Standortfaktoren zu erhalten.

Dazu gehört:

- Die Förderung und Unterstützung einer nachhaltigen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.
- Die Sicherung einer Veredelungsproduktion für Landwirtschafts- und

Fischereiprodukte im Lande.

- Die Erhaltung und Weiterentwicklung eines hohen veterinären Standards, um die Exportmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produkte zu verbessern und um ethisch unwürdige Tiertransporte zu verhindern.
- Eine ethisch verantwortliche Tierhaltung und das Verbot von unna-

türlichen produktionsfördernden Hilfsstoffen.

- Die Förderung von Organisationen, die den Absatz von Qualitätsprodukten aus Landwirtschaft und Fischerei steigern.
- Eine sozial verträgliche Durchführung des Strukturwandels in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft.

6. Arbeit

Arbeit für die Zukunft - für alle

Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit an einem humanen Arbeitsplatz bei angemessener Entlohnung. Arbeit ist nicht nur Voraussetzung zur Existenzsicherung, sondern eine entscheidende Dimension im menschlichen Dasein. Deshalb kommt es in Zukunft mehr denn je darauf an, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze bereitzustellen. Ohne eine neue Politik der Arbeit, die sich dem Recht auf Arbeit verpflichtet weiß, wird die Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme bleiben. Es gilt, daher eine Arbeitsmarktpolitik zu entwickeln, die Antworten auf die neuen Herausforderungen in unserer Gesellschaft gibt.

Die Arbeitswelt ist einem radikalen Strukturwandel unterworfen. Die Entwicklung von der klassischen

Industriearbeit zu einer immer mehr durch neue Technologien, Dienstleistungsangebote in allen Bereichen und Informationstechnologien geprägten Gesellschaft wird die bisherige Arbeitsmarktpolitik stark verändern. Neue Berufe entstehen, neue Tätigkeiten in den Bereichen Technologie und Kommunikation und neue Arbeitszeitmodelle müssen angeboten werden.

In einer neuen Arbeitsmarktpolitik darf auch der klassische Arbeitsplatzbegriff kein Tabu sein. Die zukünftigen Herausforderungen können durch veraltete Denkansätze nicht mehr gemeistert werden. Dies gilt insbesondere in den Bereichen Dienstleistung, Umwelt und Ökologie sowie im Sozialbereich. Bei der Entwicklung dieser Bereiche dürfen nicht nur betriebswirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden. Gerade volkswirtschaftliche und sozialpolitische

Betrachtungsweisen bieten in diesen Bereichen neue zukunftsweisende Ansätze.

Der SSW fordert daher:

- Die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze insbesondere in den neuen zukunftsweisenden Technologie-, Dienstleistungs- und Kommunikationsbereichen.
- Die durch neue Berufe entstehenden Berufsbilder müssen schnell entwickelt und umgesetzt werden.
- Die Entwicklung von Arbeitszeitmodellen, die den Anforderungen des Wirtschaftslebens aber auch den sozialen Bedürfnissen insbesondere der Familien gerecht werden.
- Eine gezielte Arbeitsplatzförderung, die Mitnahmeeffekte verhindert.
- Eine umfassende Arbeitsschutzgesetzgebung, um Gefahren für die Beschäftigten zu vermeiden.
- Gleichberechtigung von Frau und Mann im Wirtschaftsleben.
- Erziehungszeiten dürfen nicht zu Einbußen in der Sozial- und Rentenversorgung führen.
- Sicherung der Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss Vorrang haben

Die Massenarbeitslosigkeit ist das zentrale gesellschaftliche Problem unserer Zeit. Sie muss deshalb ener-

gisch bekämpft werden. Die Arbeitslosigkeit ist inhuman und verursacht große volkswirtschaftliche Kosten für die gesamte Gesellschaft.

Die Arbeitslosigkeit ist eine Verschwendung von menschlichen und wirtschaftlichen Ressourcen.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat zu einer Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzende und Arbeitslose geführt.

Der SSW fordert deshalb, dass die gesamte Gesellschaft, vor allem die im Wirtschaftsleben Verantwortlichen, dieser Entwicklung entgegenwirken. Dabei ist es wirtschaftlicher und sozial vernünftiger, Arbeit zu finanzieren als für Arbeitslosigkeit zu zahlen.

Die soziale Verantwortung der Wirtschaft

Zu einer neuen Arbeitsmarktpolitik gehört verstärkt die soziale Verantwortung der Wirtschaft. Der soziale Frieden stellt ein nicht zu unterschätzendes Gut für alle gesellschaftlichen Kräfte dar. Er ist gleichzeitig ein wichtiger Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Eine Politik, die einseitige Interessen bedient, vertieft soziale Ungleichheiten. Nur eine Politik, die unsere Gesellschaft weiterentwickelt, ist zukunftsweisend. Dazu kann die Wirtschaft entscheidend beitragen. Seit den frühen Zeiten der Industria-

lisierung haben Unternehmen auch soziale Verantwortung für ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer übernommen. Es ist wichtig, dass die Unternehmen neben ihrem legitimen Ziel der Gewinnerwirtschaftung die soziale Verantwortung für die Gesellschaft als wichtige Aufgabe begreifen.

Der SSW fordert daher,

- dass die Wirtschaft ihre soziale und ethische Verantwortung für die Gesellschaftsentwicklung in ihr Selbstverständnis integriert.
- Eine Arbeitsmarktpolitik, die die soziale Verantwortung der Arbeitgeber hervorhebt.

7. Natur, Umwelt und Energie



Schutz der Natur

Wir Menschen tragen die Verantwortung für den Erhalt und die Wiederherstellung unserer Natur. Eingriffe in die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts und die Eingengung des natürlichen Lebensraumes führen zu einer Verarmung der Artenvielfalt von Fauna und Flora. Monotone Landschaften haben negative Einflüsse auf den Menschen und entfremden ihn von der Natur.

Eine intakte und vielfältige Natur weist wertvolle Erholungsräume auf. Sie trägt zu einer erhöhten Lebensqualität des Menschen bei.

Der SSW fordert daher:

- Einen großflächigen Schutz unserer Landschaft, um die aus naturschutzfachlicher Sicht wertvollen Bereiche sicherzustellen und notwendige Räume zur Renaturierung und Biotopvernetzung zu schaffen.

- Die Verhinderung von Eingriffen in biologisch-ökologisch und geografisch-morphologisch wertvolle Gebiete.
- Eingriffe in Natur und Landschaft auf das Notwendigste zu reduzieren und voll auszugleichen.
- Die Vielfalt, Eigenart und Schönheit unserer Landschaft zu erhalten.
- Die Regenerierung von Landschaftsräumen, die entgegen ihren natürlichen Voraussetzungen beträchtlich verändert wurden.
- Einen umfassenden Schutz des Waldes.
- Die Aufpflanzung von neuen Forst- und Waldbeständen ist mit standorttypischen Gehölzen durchzuführen.
- Den umfassenden Schutz der Meere.

Verantwortung für die Umwelt

Das Umweltbewusstsein der Men-

schen ist zu fördern, um Umweltschäden zu verhindern und zu minimieren. Umweltvorschriften sind strikt zu befolgen. Durch effektive Überwachung und Kontrolle der Land- und Wasserräume sind Umweltvergehen zu vereiteln. Umweltkriminalität darf sich nicht lohnen und muss mit angemessenen Strafen belegt werden. Die Verursacher müssen verstärkt zu Schadensersatzleistungen herangezogen werden.

Außerdem fordert der SSW:

- Bei neuen Verbrauchsgütern haben die Erzeuger den Nachweis der ökologischen und ethischen Unbedenklichkeit vom Produktionsablauf bis hin zur Verwertung zu erbringen.
- Im Bereich Abfallwirtschaft hat die Abfallvermeidung höchste Priorität. Um den Rohstoffverbrauch zu minimieren, sollen wiederverwertbare Stoffe in den Produktionskreislauf zurückgeführt werden. Der Restmüll ist umweltschonend zu verwerten.
- Der unsachgemäße Umgang mit Abfallstoffen ist zu ahnden.
- Eine Beteiligung der Bevölkerung an weitreichenden Entscheidungen im Natur- und Umweltbereich, um eine möglichst hohe Akzeptanz zu erreichen.
- Den Schutz der Gewässer durch Verhinderung von Überdüngung der Felder. Ein Verbot der Verklappung und Verbrennung von Giftstoffen auf den Meeren sowie der Versen-

kung ausgedienter technischer Anlagen zur Gas- und Ölgewinnung.

- Schutz des Klimas durch massiven Abbau des Schadstoffausstoßes.

Tierschutz

Der Lebensraum von wildlebenden Tieren darf nicht weiter eingeschränkt werden, es müssen neue Lebensräume geschaffen und sichergestellt werden. Der SSW lehnt Tierversuche und gentechnische Manipulationen an Tieren ab.

Verantwortungsvoller Umgang mit der Gentechnik

Die Auswirkungen der Anwendung gentechnischer Verfahren in der Landwirtschaft, in der Medizin und der Lebensmittelindustrie sind zur Zeit noch unüberschaubar. Der SSW setzt sich für eine intensive Kontrolle gentechnischer Forschung und für umfangreiche Information der Bevölkerung ein. Unter anderem müssen Kennzeichnungspflicht bei Nahrungsmitteln, Information und Berücksichtigung der Interessen von Anliegern bei Freisetzungsvorhaben und sicherer Datenschutz im medizinischen Bereich gewährleistet sein. Der SSW setzt sich dafür ein, dass Ziele und Mittel der Gentechnikforschung kritisch hinterfragt werden und dass alternative Forschungsprogramme ausreichend finanziell gefördert werden.

Zukunftsweisende Landesplanung

Verantwortung für unsere Umwelt bedeutet gleichzeitig, daß wir eine zukunftsweisende Landschaftsentwicklung fördern.

Daher fordert der SSW:

- Eine Weiterentwicklung des ländlichen Raumes. Bei Dorfentwicklung und Dorferneuerung muss eine eigene örtliche Versorgung mit Einkaufsmöglichkeiten und kulturellen Zentren für das Gemeinschaftsleben gesichert werden.
- Eine Raumordnungsplanung mit einer funktionellen Aufteilung von Aufgaben zwischen Stadt und Land. Eine Zersiedlung der Landschaft muss unter Beachtung der Landschaftsplanung vermieden werden.
- Den Erhalt von alter, historisch gewachsener oder architektonisch wertvoller Bausubstanz. Eine Erneuerung sollte der Ensemble-Bebauung angepasst werden.
- Eine verstärkte Förderung des ÖPNV-Verkehrs durch Ausbau der Schienen- und Busverbindungen, um die Mobilität der Bevölkerung, insbesondere im ländlichen Raum, zu stärken.

Energieversorgung

Die sichere Energieversorgung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft und für die Lebensqualität im privaten Bereich.

Deshalb muss die Energiepolitik ein wesentlicher Teil wirtschaftspolitischer Überlegungen bleiben.

Aber eine zukunftsweisende Energiepolitik muss bei der Verwendung neuer Primärenergien auch von gesellschaftspolitischen Leitlinien und umweltpolitischen Zielsetzungen bestimmt sein. 1992 wurde in Rio de Janeiro im Rahmen der UNO von nahezu allen Staaten der Welt die AGENDA 21 beschlossen. Um eine globale Klimaerhitzung zu verhindern, gilt es, die Forderungen der AGENDA 21 in die Energiepolitik mit einzubringen. Die verstärkte Förderung der dezentralen Energieversorgung, Energie-Einsparungen und die effektive Nutzung der Energie spielen bei der Umsetzung der AGENDA 21 eine entscheidende Rolle.

Der SSW fordert daher:

- Die Förderung umweltfreundlicher Energie, um die fossilen Energierohstoffe zu entlasten.
- Die Einführung von Umwelt- und Energieabgaben als Steuerungsinstrumente in der Energiepolitik.
- Den Ausstieg aus der Atomenergie, da ein gesicherter Produktionsablauf nicht vollständig garantiert und eine dauerhafte Entsorgung nicht gewährleistet ist.
- Zur Ablösung der Atomenergie ein Gesamtkonzept zur Sicherung der künftigen Energieversorgung.
- Energieeinsparungen in allen Bereichen durch gezielte Maßnah-

men bei der Nutzung von Energie, durch Wärmedämmung, moderne energiesparende Geräte und durch die optimale Ausnutzung der Energie.

- Ausbau und Förderung von dezentralen Energieeinrichtungen wie Blockheizkraftwerken und Fernheizungssystemen mit dem

Ziel einer effizienteren Nutzung von Energie und einer Reduzierung des Schadstoffausstosses.

- Alternative Energieformen wie Windkraft, Wasserkraft, Biomasse und Solartechniken im Bereich der Energieforschung zu fördern und ihre Anwendungsmöglichkeiten weiter zu erforschen.

8. Soziales

Für ein sozial gerechtes und solidarisches Gemeinwesen

Ziel unseres demokratischen Gemeinwesens muss es sein, jedem Menschen ein Leben frei von Armut und Not in größtmöglicher Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit zu ermöglichen. Nur auf der Grundlage von humanistischen Werten wie Menschenwürde und soziale Sicherheit kann die Individualität und Verantwortung des einzelnen gefördert werden nach dem Grundsatz "Hilfe zur Selbsthilfe". Der SSW strebt eine solidarische Gesellschaft nach nordischem Vorbild an.

Soziale Gerechtigkeit erfordert, dass auch Leistungsschwächere sich als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft ohne Ausgrenzungen erleben können. Auf ökonomische Krisen darf nicht mit Abbau von Sozialleistungen oder durch Ein-

schnitte im Sozialstaat reagiert werden. Soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind Voraussetzung für den sozialen Frieden und die demokratische Entwicklung in unserer Gesellschaft.

Ein soziales System, das auf dem Versicherungsprinzip beruht und überwiegend durch den Arbeitsmarkt finanziert wird, ist krisenanfällig, privatisiert die sozialen Probleme des Einzelnen und fördert die Entsolidarisierung der Gesellschaft. Es besteht die Gefahr, dass die sozial Schwächeren zu Randgruppen in dieser Gesellschaft werden und daher von der Mehrheit als Belastung angesehen werden.

Die Verantwortung für das soziale System und für eine sozial orientierte und gerechte Gesellschaft muss von allen Bürgern getragen werden. Ein steuerfinanziertes Sozialwesen nach nordischem Vorbild trägt daher zu einer gerech-



teren Verteilung der Lasten bei. Eine soziale Grundsicherung ist in unserer Gesellschaft anzustreben.

Soziale Hilfen

Wer in Not gerät, soll ideelle und materielle Hilfe erhalten. Die Hilfe muss die Wiedereingliederung in Familie, Arbeitswelt und Gesellschaft zum Ziel haben. Empfängerinnen und Empfänger von sozialen Hilfen dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Kinder, Jugendliche und Familien

Kinder und Jugendliche brauchen unsere größte Aufmerksamkeit, Sorgfalt und individuelle Hilfe sowie unseren Sachverstand und unser Verständnis, sonst kann es zu gefährlichen Spannungen und Gegensätzen in unserer Gesellschaft kommen.

Im Kindertagesstättenbereich fordert der SSW kleine Gruppen mit ausreichendem und qualifiziertem Personal. Der SSW will dabei die Zusammenarbeit von Kindergärten, Schulen und sozialen Einrichtungen mit den Eltern als notwendige und wichtige Ergänzung fördern.

In der immer stärker technisierten Welt ist es von großer Bedeutung, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Freizeit vernünftig und sinnvoll

verbringen können. Der SSW fordert daher ein umfassendes Freizeitangebot.

Der SSW will, daß die Kinder und Jugendlichen erfahren, dass sie eigenständige und selbstverantwortliche Mitglieder unserer Gesellschaft sind. Die Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte der Kinder und Jugendlichen in ihrer täglichen Umwelt müssen gestärkt werden. Allerdings müssen auch die Kinder und Jugendlichen erfahren, dass sie in und gegenüber der Gesellschaft Pflichten haben.

Um Familien und Alleinerziehende in ihren Erziehungsaufgaben zu unterstützen, ist eine öffentliche Förderung notwendig. Dazu gehören ein ausreichendes Kindergeld und die Hilfe bei der Beschaffung von familiengerechten Wohnungen und Wohneigentum sowie Beratungsstellen.

Senioren

In der modernen Seniorenpolitik ist die Integration der älteren Mitbürger in die Gemeinschaft vorrangig. Menschen müssen im Alter die Möglichkeit erhalten, ihr Leben durch geeignete Betätigung sinn-erfüllt zu gestalten. Einrichtungen der Seniorenbegegnungen sind nachhaltig zu fördern.

Altersgerechte Wohnungen, einschließlich Seniorenwohnheime,

in denen eine individuelle pflegerische Betreuung gestellt werden kann, tragen zur Erhaltung der Selbständigkeit älterer Menschen bei. Eine ausreichende Zahl von Plätzen in Pflegeheimen ist anzustreben. Diese sind so zu gestalten, dass eine ausreichende und sorgfältige Betreuung des einzelnen möglich ist.

Die durch die Pflegeversicherung abzudeckenden Pflegeleistungen müssen umfassend sein und insbesondere die Folgen des geistigen Abbaus im Alter berücksichtigen. Qualifikation, Ausbildung und Weiterbildung müssen unabdingbare Kriterien für den Einsatz in der Alten- und Pflegehilfe sein. Hierzu gehört die strenge Aufsicht der Behörden bei privaten Initiativen in der Wohlfahrtspflege.

Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und Hilfe der Gesellschaft, um ihnen die Teilnahme am Leben mit anderen zu ermöglichen. Dazu gehört die Ausübung einer angemessenen beruflichen Tätigkeit. Behindertengerechtes Bauen ist finanziell zu fördern.

Wohnungen

Jeder hat, ungeachtet seines Einkommens, Anspruch auf eine ge-

sunde Wohnung. Familiengerechte Wohnungen in einer natürlichen Umwelt sind eine wichtige Voraussetzung für ein intaktes Familien- bzw. Gemeinschaftsleben. Der Staat hat durch zweckentsprechende Maßnahmen auf dieses Ziel hinzuwirken.

Gesundheit

Ziel der Gesundheitspolitik muss sowohl die vorbeugende Erhaltung der Gesundheit als auch die Heilung von Krankheiten und Linderung von Krankheitsfolgen sein.

In Fällen, in denen eine Heilung von Krankheit medizinisch nicht möglich ist, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um bestehende Fähigkeiten zu erhalten und ein würdiges, möglichst eigenverantwortliches Leben mit der Krankheit zu ermöglichen.

Menschliche Zuwendung ist ein unentbehrlicher Bestandteil moderner Medizin und muss in den Finanzierungsstrukturen für das Gesundheitswesen entsprechend berücksichtigt werden.

Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, alle zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit erforderlichen Vorsorge-, Pflege- und Heilmaßnahmen in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen.

Drogen

Der Missbrauch von Medikamenten, Rauschmitteln wie Alkohol und illegalen Drogen ist ein gesellschaftliches Problem, das nicht durch das Strafrecht gelöst werden kann.

Suchtvorbeugung bei Kindern und Jugendlichen soll verhindern, dass sie sich in Abhängigkeit dieser Substanzen begeben. Drogenabhängigen müssen Entzugs- und Entwöhnungsmöglichkeiten schnell und

unkompliziert zugänglich sein; dabei wird Zwangsentzug im Regelfall abgelehnt. Stattdessen sollen niedrigschwellige, schadensmindernde Angebote der Drogenhilfe vorgehalten werden. Dadurch soll verhindert werden, dass die Drogenabhängigen sich selbst und ihre Umwelt weiter gefährden.

Für eine glaubwürdige Drogenprävention ist es unerlässlich, dass sich die Gefährlichkeit der jeweiligen Drogen im Betäubungsmittelrecht widerspiegelt.

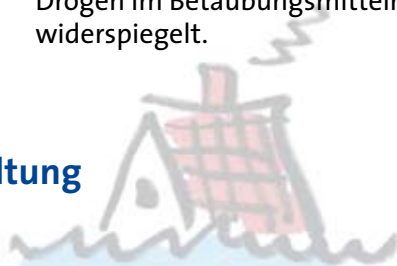
9. Kommunale Selbstverwaltung

Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Die Gemeinde ist die kleinste und unmittelbarste Einheit unseres Gemeinwesens. Hier können die Einwohnerinnen und Einwohner an der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse unmittelbar mitwirken.

Die Gemeinde ist die Keimzelle unserer Demokratie. Leider wird der Gestaltungsspielraum aber immer enger. Die Motivation des einzelnen, etwas für die Gemeinschaft zu tun, läßt deshalb nach.

Zwar ist die kommunale Selbstverwaltung als gleichberechtigte Säule des demokratischen Aufbaus unse-



rer Gesellschaft im Grundgesetz abgesichert; sie wird aber durch die zunehmende Zentralisierung ausgehöhlt.

Der SSW fordert daher:

- Die kommunale Selbstverwaltung zu stärken und den Regelungsumfang durch Bundes- und Landesgesetze sowie durch Verordnungen auf ein Minimum zu begrenzen.

Stärkung der kommunalen Finanzausstattung

Die Kommunen befinden sich in einer schwierigen Situation, denn die sozialen Probleme nehmen zu. Dadurch steigen die Ausgaben.

Gleichzeitig ist die Finanzausstattung unzureichend und unflexibel. Dies führt dazu, dass in zunehmendem Maße nur Pflicht- und Weisungsaufgaben erledigt werden können. Der Gestaltungsspielraum für freiwillige Aufgaben wird enger und schränkt die Möglichkeiten aktiven politischen Handelns in der Kommune ein. Weiteres Hindernis sind die zweckgebundenen Finanzierungssysteme. Danach werden Zuschüsse für gemeindliche Projekte nur mit bestimmten Auflagen und unter bestimmten Voraussetzungen geleistet.

Der SSW fordert daher:

- Eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit dem Ziel der dauerhaften Sicherung der kommunalen Finanzen.
- Einen vollen Ausgleich für Länder, Kreise und Kommunen, wenn gesetzliche Vorgaben zu Minder-einnahmen führen.
- Erhöhung der Zuschüsse, über welche die Gemeinden eigenverantwortlich verfügen können. - Kostenverlagerungen von Bund und Ländern auf die Kreise und Gemeinden müssen eingeschränkt werden.
- Aufgabenverlagerungen von Bund und Ländern auf Kreise, Städte und Gemeinden müssen mit der Erstattung der entstehenden Kosten gekoppelt werden. Dies erfordert die Einführung des Konnexitätsprinzips auf Bundesebene.

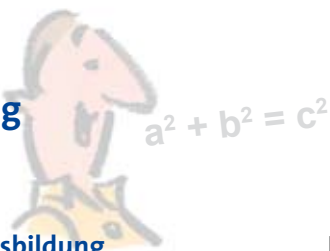
Für eine moderne und effektive Kommune

Die Gemeinden entwickeln sich zunehmend zu Dienstleistungseinrichtungen, deren Serviceangebote hohen Anforderungen unterliegen. Die Modernisierung der Verwaltung muss deshalb auf durchschaubare und effektive Arbeitsabläufe ausgerichtet sein.

Der SSW fordert daher:

- Eine weitergehende Modernisierung durch klar gegliederte, selbstständig arbeitende Einheiten, ausgerüstet mit Handlungs- und Entscheidungskompetenzen.
- Umfassende Anreize für die Übernahme von Führungsaufgaben.
- Größere direkte Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die politische Willensbildung der kommunalen Gremien.
- Absicherung von demokratischen Befugnissen durch mehr Mitwirkungsrechte für die Einwohnerinnen und Einwohner, insbesondere auch der Jugendlichen und Kinder. Hierzu gehört auch die Direktwahl der Amtsausschüsse.
- Die Schaffung von Gemeindegrößen in den Landkreisen, die die Ämter überflüssig machen.

10. Bildung



Recht auf Ausbildung und Bildung für alle

Bildungspolitik muss die bestmögliche Aus- und Weiterbildung gewährleisten. Bildung und Erziehung sollen dazu dienen, die Menschen zu unabhängigem Denken und Handeln anzuregen. Nur so werden sie in die Lage versetzt, ihre Fähigkeiten frei und ungehindert zu entfalten.

Lebenslanges Lernen aller ist im Interesse der Gesellschaft. Dabei dürfen keine Hindernisse finanzieller, sozialer, geographischer noch kultureller Art bestehen. Chancengleichheit für alle muss das Ziel einer zukunftsweisenden Bildungspolitik sein. Es ist wichtig, dass die schulische Ausbildung und die Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt in ständiger Wechselwirkung stattfinden, um den Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis zu stärken.

Der SSW fordert ein Privatschulgesetz. So würde sich das Land ausdrücklich zu seiner Verantwortung für die Schulen in freier Trägerschaft bekennen.

Die grundlegende Ausbildung

Der SSW fordert die ungeteilte Schule nach nordischem Vorbild.



Dort haben alle Kinder das Recht auf eine mindestens neunjährige gemeinsame Schulbildung.

Die Voraussetzungen jedes Kindes sind anders. Deshalb soll das Lernen so gestaltet werden, wie es für das einzelne Kind am sinnvollsten ist. Dies ist nur durch kleine Klassen möglich. Dort können die Lehrkräfte auf die Bedürfnisse der einzelnen Schülerinnen und Schüler am besten eingehen.

Der SSW strebt an, langfristig zu einem zehnjährigen gemeinsamen Unterricht aller Kinder im schulpflichtigen Alter zu gelangen, an den sich ein dreijähriges Gymnasium anschließen kann.

Grundsatzfragen in allen schulischen Angelegenheiten sollen in enger Zusammenarbeit mit den Lehrkräften, den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern beraten und beschlossen werden.

In den Lehrplänen muss die kulturelle Vielfalt des Landes zum Ausdruck kommen.

Die Schule muss von unnötigen bürokratischen Hemmnissen befreit werden und einen dezentralen Finanzspielraum erhalten, damit auch alternative Lerninhalte und -prozesse ermöglicht werden.

Berufliche Bildung

Der SSW fordert eine Reform der beruflichen Bildung, insbesondere eine verbesserte Kooperation zwischen ausbildenden Betrieben und Berufsschulen.

Der SSW fordert die verstärkte Zertifizierung von Ausbildungsabschnitten, um allen die Aussicht auf einen Arbeitsplatz zu geben, der ihren Fähigkeiten entspricht.

Weiterbildung

Das Land Schleswig-Holstein braucht ein Weiterbildungsgesetz. Es soll nicht nur die vom Bürger entwickelte Eigeninitiative unterstützen. Es soll vor allem zur Erweiterung der Fortbildungs- und

Umschulungsangebote beitragen.

Bibliothekswesen

In jeder Gemeinde müssen die Bürger die Möglichkeit haben, sich Wissen durch Bücher und andere Medien zu beschaffen. Hierzu dient ein umfangreiches Bibliothekswesen, das entsprechend gefördert und ausgebaut werden soll.

Keiner darf aus finanziellen Gründen von der Benutzung von Bibliotheken mit ihren Büchern, Medien und anderen Angeboten ausgeschlossen werden.

Jede Bibliothek soll in die Lage versetzt werden, ihren Benutzern den freien Zugang zum Internet zu ermöglichen.

11. Kultur und Kulturpolitik

Für eine Vielfalt in der Kultur

Kultur ist ein grundlegender Bestandteil unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit. Kulturelle Freiheit und Vielfalt gehören somit zu den Existenzbedingungen einer demokratischen Gesellschaft.

Kultur trägt zur Selbstverwirklichung und Identität eines jeden Menschen bei, denn durch Schaffung kultureller Freiräume wird es den Menschen möglich gemacht,

sich neu zu orientieren.

In einer Zeit mit tiefgreifenden sozialen Wandlungen ist eine offene Kulturpolitik wichtiger denn je. Kulturpolitik darf daher nicht einseitig Schwerpunkte bei der etablierten Kultur setzen, sie muss vielmehr den Rahmen für breit angelegte kulturelle Aktivitäten schaffen.

Grundsätzlich gilt, dass in allen Bereichen der Kultur die Perspektiven erweitert werden müssen.



Kultur zu fördern muss weiterhin eine staatliche Aufgabe sein. Kulturförderung darf sich nicht auf Bestandssicherung beschränken; das Ziel muss immer auch sein, überkommene Formen und Inhalte kritisch zu überprüfen.

Südschleswig hat eine reichhaltige Geschichte aufzuweisen, denn seit vielen Jahrhunderten gibt es hier eine dänische, friesische und eine nieder- und hochdeutsche Kultur. Diese Kulturen führten in der Vergangenheit eher ein Eigenleben, weil neben der Sprachbarriere auch die Auffassung überwog, dass die Entfaltung der eigenen Kultur durch die der anderen begrenzt würde. Eine zukunftsweisende Kulturpolitik wird daran zu messen sein, ob sie dem Reichtum Rechnung trägt, der in der Vielfalt unserer Kulturlandschaft liegt.

Die Hinführung zu einem bewussten Kennenlernen und Erleben aller im Lande vertretenen Kulturen muss künftig weit stärker als bisher ins Auge gefasst werden; dazu gehört auch die Forderung nach einem Landesmuseum für Zeit- und Regionalgeschichte.

Im kulturellen Alltag wird der SSW weiterhin darauf drängen, dass die Verpflichtung zur Gleichbehandlung von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung nicht nur als Staatsziel in der Landesverfassung steht, sondern auch in den entsprechenden Gesetzen enthalten ist.

Medien

Die rasante technische Entwicklung und die Entwicklungen auf dem Mediensektor haben die Alltagskultur nachhaltig verändert. Der SSW steht zu dem dualen System in der Medienlandschaft, das heißt zu dem Nebeneinander der privaten und öffentlichen Medienanbieter. Dem öffentlichrechtlichen Rundfunk kommt jedoch eine besondere Rolle bei der Aufrechterhaltung eines vielfältigen Angebots zu; damit meint der SSW auch die verstärkte Berücksichtigung aller im Lande vertretenen Kulturen. Der öffentlichrechtliche Sender muss deshalb in seiner Existenz und Fortentwicklung gesichert werden. Weiterhin fordert der SSW, dass auf dem Mediensektor an einer wirkungsvollen Konzentrationskontrolle festgehalten wird.

Demokratische Teilhabe an der Informationsgesellschaft

Die Entwicklung der Informationstechnologie bringt einerseits Chancen mit sich. Andererseits birgt sie die Gefahr einer neuen Spaltung der Gesellschaft. Künftig könnte es informationsarme und informationsreiche Bürger geben. Vor diesem Hintergrund fordert der SSW die demokratische Teilhabe aller an der Informationsgesellschaft. Sie setzt den erleichterten Zugang zu allen öffentlichen Informationen voraus.

Sport und Freizeitgestaltung

Die Ausweitung der Freizeit führt dazu, dass immer mehr Menschen ihre Freizeit aktiv gestalten wollen. Für den SSW ist die ehrenamtliche Vereinsarbeit die Grundlage seiner Freizeitpolitik mit dem Ziel, die Gegensätze zwischen Alt und Jung, zwischen dem aktiven und dem passiven Teil der Bevölkerung zu überwinden. Ehrenamtliche Tätigkeit hat daher einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert und sollte dementsprechend anerkannt und gefördert werden.

Sport ist aktive Freizeitgestaltung

und dient der Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Das Augenmerk des SSW gilt in erster Linie der Förderung des Breitensports. Neben der Sportausübung übernehmen die Sportvereine wichtige soziale und gesellschaftliche Aufgaben. Im Interesse aller sollte es sein, diese Arbeit auch weiterhin zu unterstützen.

Grundsätzlich sollte Sportausübung von demokratischer Verständigung und kreativem Spiel geprägt sein, denn nur so kann sich Sport als Freizeitgestaltung der passiven Unterhaltungsindustrie gegenüber behaupten.

Schlusswort

Die hier formulierten Grundsätze bilden den Rahmen für die tägliche Arbeit aller, die im und für den SSW arbeiten.

Diese grundlegenden Gedanken werden durch praxis-bezogene Diskussionsbeiträge und Initiativen im Gespräch und in der parlamentarischen Arbeit mit Leben erfüllt.

SSW-Politik will an der Gestaltung einer menschenwürdigen Zukunft mitwirken und sich jederzeit messen lassen können an dem Motto: "SSW - darauf kannst Du Dich verlassen!"



